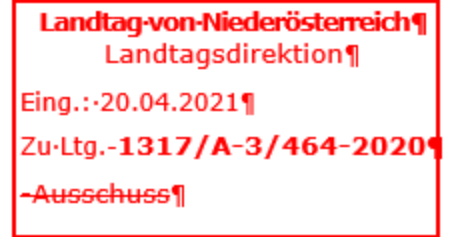


**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG**  
**Gruppe Landesamtsdirektion**  
**Abteilung Landesamtsdirektion/Zentrale Dienste**  
**3109 St. Pölten, Landhausplatz 1**



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

Herrn  
Präsident des NÖ Landtages  
Mag. Karl WILFING  
Landhausplatz 1  
3109 St. Pölten



LAD1-SE-5370/070-2020  
K4-A-2574/087-2020  
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: [post.lad1@noel.gv.at](mailto:post.lad1@noel.gv.at)  
Fax: 02742/9005-13610 Bürgerservice: 02742/9005-9005  
Internet: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at) - [www.noel.gv.at/datenschutz](http://www.noel.gv.at/datenschutz)

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005 Durchwahl	Datum
-	Christian Posch	13612	20. April 2021
	Mag. Yvonne Friedrich- Koizar	13246	

Betrifft

Resolution des NÖ Landtages betreffend „Umfassende Landesverteidigung als Bestandteil der Allgemeinbildung“; Antwort an den NÖ Landtag

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 17. Dezember 2020, Ltg.-1317/A-3/464-2020, hat die Landesregierung dem Bund diese Resolution übermittelt.

Herr Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat mit Schreiben vom 25. Februar 2021 Folgendes geantwortet:

„Ihr an den Herrn Bundeskanzler gerichtetes Schreiben vom 8. Jänner 2021 über eine Resolution des Niederösterreichischen Landtages vom 17. Dezember 2020 betreffend „Umfassende Landesverteidigung als Bestandteil der Allgemeinbildung“, das entsprechend der an Sie ergangenen Note des Bundeskanzleramtes-Ministerratsdienst, GZ 2021-0.019.485, dem Ministerrat in der Sitzung am 20. Jänner 2021 zur Kenntnis gebracht worden ist, wurde in Folge an mich zur weiteren Behandlung abgetreten.“

Eingangs möchte ich betonen, dass ich das Interesse und Engagement des Niederösterreichischen Landtages in Belangen der Politischen Bildung in Schulen sehr begrüße. Auch mir ist es ein wichtiges Anliegen, Kindern und Jugendlichen demokratische Werthaltungen zu vermitteln und zur Schaffung eines Bewusstseins für demokratische Freiheiten beizutragen.

Hinsichtlich des Forderungspunktes nach einer vertiefenden Aufnahme der Sicherheitspolitik und der umfassenden Landesverteidigung im Rahmen des Unterrichtsfachs Politische Bildung pflichte ich bei, dass damit wichtige Themenbereiche der staatsbürgerlichen Bildung angesprochen werden.

Die Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen - insbesondere mit den Themen Friedenssicherung, Sicherheitspolitik, Österreichs Rolle in der Europäischen Union und als neutrales Land - ist bereits jetzt sowohl auf Basis des geltenden Grundsatzerlasses zum Unterrichtsprinzip als auch im Rahmen der Lehrpläne zu Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung intendiert, allerdings - und das trifft auf viele gleichartige, in der Bundesverfassung oder auch durch internationale Verpflichtungen verankerten Politikfelder oder Themen zu - ohne dezidiert genannt zu werden.

Hinsichtlich der geforderten Änderung der Lehrpläne für Politische Bildung in der Schulbildung und bei der Ausbildung von Wehrpflichtigen darf ich auf das Projekt „Bildung. Sicherheitspolitik. Geistige Landesverteidigung. Bundesheer“ hinweisen, in dessen Rahmen aktuell wechselseitige Interessen und Perspektiven sowie Schnittmengen im Hinblick auf die Politische Bildung geklärt werden. Auf Basis dieser Arbeiten soll es sodann auch zur gemeinsamen Erarbeitung von zielgruppenspezifischen Lehr- und Unterrichtsmaterialien kommen.

Was die Curricula der Lehrerbildung angeht, sind Themen aus dem Bereich Politische Bildung in allen Curricula enthalten. In umfassenden Begutachtungsverfahren, die nicht nur bei Erstellung, sondern auch bei inhaltlichen Änderungen in den Curricula für alle Lehramtsstudien durchzuführen sind, können weitere Änderungsanliegen eingebracht

werden. Alle Curricula für Lehramtsstudien werden regelmäßigen Monitoringprozessen unterzogen und entsprechend weiterentwickelt.“

Frau Bundesministerin für Landesverteidigung hat mit Schreiben vom 25. Februar 2021 Folgendes geantwortet:

„Durch die seit Frühling 2020 herrschende globale und nationale Gesundheitskrise (COVID-19-Pandemie) ist besonders deutlich geworden, dass ein „Krisenfall“ massive Auswirkungen auf das Funktionieren von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft haben kann. In diesem Zusammenhang unterstreiche auch ich die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Verankerung der umfassenden Landesverteidigung in Schule und Gesellschaft, wobei ihre Inhalte selbst verständlich an die massiv veränderten Rahmenbedingungen der modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert anzupassen sind. Zunächst möchte ich auf das nach wie vor aufrechte Projekt mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung verweisen, welches das Ziel verfolgt, sowohl aus schulischer als auch aus militärischer Sicht das wissenschaftlich fundierte Verständnis von „Politischer Bildung“ in Form der geistigen Landesverteidigung zu stärken und gemeinsame Sichtweisen zu erzeugen, um so das Verständnis für die Sicherheitsvorsorge zu festigen. Im Fokus steht dabei unter anderem Lernenden die Befähigung für mündige Partizipation und verantwortungsvolles Engagement zu vermitteln. Die weiten und kontroversen Aspekte des Feldes der Sicherheitspolitik und der umfassenden Landesverteidigung sollen dabei ebenso beleuchtet werden, wie Grund- und Freiheitsrechte, demokratische Grundwerte der österreichischen Verfassung sowie das Spannungsfeld zwischen Freiheits- und Sicherheitsbedürfnis. In diesem Zusammenhang wurden auch die Bildungsdirektoren der Bundesländer über das Projekt informiert und Möglichkeiten der Unterstützung in der Vermittlung der geistigen Landesverteidigung durch das Österreichische Bundesheer erörtert. Dabei wurden jeweils nach regionalen Bedürfnissen Vereinbarungen zur Vertiefung der Zusammenarbeit getroffen. In Zukunft soll darüber hinaus einmal jährlich eine Tagung zum Thema geistige Landesverteidigung stattfinden, abwechselnd organisiert von einer Pädagogischen Hochschule bzw. einer der Akademien des Bundesheeres. Des Weiteren stehen für die Ausbildung der Grundwehrdienst leistenden Soldaten im Bereich der „Staats- und wehrpolitischen Bildung“ als Teil der „Politischen Bildung“ derzeit zehn Unterrichtseinheiten zur Verfügung, wobei hier unter anderem Themenbereiche wie Grundwerte, Demokratie und Staat, Neutralität, Solidarität und Beistandsverpflichtung,

Europäische Union, Bedrohungsszenarien und Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres sowie das Thema Nationalsozialismus behandelt werden.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung  
Mag.<sup>a</sup> Mikl – Leitner  
Landeshauptfrau

NÖ Landesregierung  
Mag.<sup>a</sup> Teschl – Hofmeister  
Landesrätin